

während der Demonstrationen finanziell unterstützte (S. 223 f.). Packard sieht denn auch in den Demonstrationen eher ein Zeichen für den Wunsch der japanischen Jugend nach Unabhängigkeit von jeder fremden Bevormundung — und zwar sowohl durch Washington als auch durch Moskau und Peking (S. 336). Insofern sind die Demonstrationen einzuordnen in die von manchem Beobachter bestätigte Entwicklung eines neuen japanischen Nationalismus (S. 334). Es ist deshalb verständlich, wenn die Vorgänge des Jahres 1960 von vielen japanischen Gelehrten als das wichtigste politische Ereignis seit der Wiederherstellung der japanischen Souveränität nach 1945 gewertet werden (S. 327).

Erst allmählich erkennt man heute, daß gerade in Asien mit seiner langen Geschichte die Besinnung auf die eigene Überlieferung und der Nationalismus die natürlichen Verbündeten des Westens sind. Daß die Gefahr, den Nationalismus an die Seite des Kommunismus zu treiben, wenn wir ihn mißverstehen, sehr groß ist, ist eine der Erkenntnisse, die wir auch aus Packards Buch ziehen können. Wer diese Zusammenhänge sieht, der wird auch gut verstehen, daß der Verfasser die Ansicht vertritt, daß sich die Japaner, auch wenn sie sich persönlich von den Ereignissen des Jahres 1960 ferngehalten haben, seitdem mehr ihrer Souveränität bewußt geworden sind, daß ihre Selbstachtung gestiegen ist und daß sie mit mehr Vertrauen in ihre Zukunft blicken (S. 338). Dies liegt aber nur im Interesse der westlichen Politik, deren wichtigster Verbündeter in Asien kein von Militär beherrschter Staat, sondern nur das ökonomisch hoch entwickelte Japan sein kann.

Das Packardsche Buch vermittelt auch interessante Einblicke in andere wichtige politische Erscheinungen Japans, so in den Fraktionismus der Regierungspartei (S. 304) oder die Problematik, die im Einfluß der Massenkommunikationsmittel auf die Meinungsbildung liegt (S. 45 f.). Einen sehr wichtigen Hinweis gibt der Verfasser mit seiner Feststellung, daß die japanische Öffent-

lichkeit darüber irritiert war, daß die Frage des Sicherheitsvertrages, die von vielen Japanern als eine Art Daseinsfrage angesehen wurde, in der amerikanischen Öffentlichkeit fast gar keine Beachtung fand (S. 70). Es zeigt sich gerade hier, daß der Begriff von der „einen Welt“ so lange ein leeres Schlagwort bleibt, wie wir uns nicht bemühen, den Standpunkt, die Institutionen und die Geschichte anderer Völker zu verstehen. Für die Form, in der dieses geschehen sollte, stellt das vorliegende Buch ein ausgezeichnetes Beispiel dar. Der Verfasser hält es selbst für einen Anfang. Es ist zu hoffen, daß ihm andere in dem Versuch, uns in die politischen Institutionen überseesischer Länder einzuführen, mit derselben Sach- und Landeskennnis folgen werden.

Dr. Bernhard Großmann, Hamburg

**A. RODGER SWEARINGEN
Communist Strategy in Japan,
1945-1960**

RAND Memorandum RM - 4348 - PR.
The RAND Corporation, Santa Monica/Cal. 1965, XII, 409 S., § 4.

In der Bundesrepublik Deutschland hat man noch immer nicht erkannt, daß die akademische Forschung auch ein Mittel zur Unterstützung politischer Entscheidungen sein kann. Dagegen fördern die Regierungen der führenden Staaten in Ost und West nicht nur die naturwissenschaftliche, sondern auch die sozialwissenschaftliche und länderkundliche Forschung in einem Umfange, dem wir in Deutschland auch relativ nichts Entsprechendes an die Seite zu stellen vermögen. Unter den amerikanischen Forschungseinrichtungen, an die hier zu denken ist, nimmt die RAND-Corporation eine ganz besondere Stellung ein. Sie wird aus dem Haushalt der US-Luftwaffe finanziert und war ursprünglich eine Institution, die technische und strategische Forschungen durchführte. Es zeigte sich aber schon sehr bald, daß bei strategischen Überlegungen nicht von staatsrechtlichen, politischen und sozialen Gegebenheiten abstrahiert wer-

den kann. Daher gibt es heute in der RAND-Corporation auch eine sozialwissenschaftliche Abteilung, in der Länderexperten arbeiten und die freien Gelehrten Forschungsaufträge erteilt. Das vorliegende Buch ist das Ergebnis eines solchen Forschungsauftrages und soll Anlaß sein, um auf die Arbeit der RAND-Corporation hinzuweisen, die seit dem Zweiten Weltkrieg einen festen Platz als eine der Hilfsinstitutionen für die Formulierung der amerikanischen Außenpolitik einnimmt.

Der Verfasser dieser Studie über den Kommunismus in Japan ist Direktor des Research Institute on Communist Strategy and Propaganda der University of Southern California in Los Angeles und Herausgeber der Monatsschrift „Communist Affairs“. Er hatte während der Besatzungszeit und während mehrerer Reisen in Japan Gelegenheit, mit zahlreichen japanischen Kommunisten und Arbeiterführern Kontakte aufzunehmen, und publizierte bereits früher zusammen mit Paul Langer, der heute dem Forschungstab der RAND-Corporation angehört, eine Geschichte des Kommunismus in Japan¹.

Die Darstellung Swearingens kann im wesentlichen als ein Kommentar zum Weißbuch der japanischen Regierung über den Kommunismus in Japan vom Februar 1960 angesehen werden. Dieses Weißbuch bildet in einer vollständigen Übersetzung den zweiten Teil des Buches. Es vermittelt einen sehr ausführlichen Überblick über Ideologie, Tätigkeit, Organisation, Mitgliederzahlen, Finanzen, Publikationen u. a. der Kommunistischen Partei Japans (KPJ) und ihre Versuche, die Friedensbewegung, die Arbeiterschaft, die Bauernschaft, die Jugend und die Studentenschaft zu infiltrieren. Trotz des überragenden Gewichtes, das die KPJ auf die Beeinflussung der Arbeiterschaft legt, hätte man sich nach einer Lektüre dieses Weißbuches auch von Swearingen einige Kommentare zur kommunistischen Agrarpolitik und insbesondere zum Verhältnis zwischen KPJ und den

Studentenbewegungen gewünscht. Immerhin waren es die Studenten unter dem Einfluß des Zengakuren, die entscheidend zum Sturze der Regierung Kishi im Jahre 1960 beigetragen haben. Im Lichte eines solchen Ereignisses hätte die Politik der KPJ gegenüber den Studentenverbänden in einer Studie über die kommunistische Strategie in Japan ihren Platz finden müssen.

Swearingen konzentriert sich jedoch auf die Politik der KPJ gegenüber den japanischen Arbeitern. Er stellt das Dilemma dar, in dem sich die KPJ befindet: Sie ist einerseits eine asiatische kommunistische Partei, auf die die Kategorien des Maoismus, insbesondere die Theorie der revolutionären Kraft der Bauernschaft, anwendbar sein sollte; andererseits befindet sich die KPJ jedoch in einer hochindustrialisierten, kapitalistischen Umwelt, die sehr an die Situation in Westeuropa erinnert. Letzten Endes hat sich die KPJ an dieser Umwelt orientiert, weshalb ihre zeitweilige Anlehnung an Peking nie überzeugend sein konnte. Hauptziel der Partei war es demnach, in den verschiedenen Perioden ihrer Entwicklung nach dem Kriege, die von Swearingen sehr detailliert dargestellt werden, Einfluß vor allem auf die japanische Arbeiterschaft zu gewinnen. Den Bemühungen der KPJ kam dabei in den ersten Nachkriegsjahren die liberale Haltung der amerikanischen Besatzungsbehörden entgegen, die Partei- und Gewerkschaftsgründungen im Interesse der Re-Demokratisierung Japans förderten und zeitweilig in den Verdacht gerieten, sie unterstützten die KPJ (vgl. S. 97). Ferner erwies sich auch der im Juli 1950 als Sammelbecken für nicht- und anti-kommunistische Gewerkschaften gegründete Generalrat der Japanischen Gewerkschaften (Sohyo) nicht immer als ausreichend stark, um den kommunistischen Einfluß abzuwehren, da er sich eine Reihe der anti-amerikanischen und der Friedensparolen der KPJ zu eigen mache und sich um eine neutrale Stellung zwischen dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften

¹ Paul Langer und Rodger Swearingen, *Red Flag in Japan: International Communism in Action, 1919-1951*. Harvard University Press, Cambridge, Mass. 1952.

und dem Weltgewerkschaftsbund bemühte.

Die Arbeiterschaft der asiatischen Länder wird in dem Maße zu einer staatstragenden Schicht werden, in dem die Industrialisierung fortschreitet und die alte Gesellschaftsordnung geschwächt wird. Die Studie Swearingens ist daher für jeden, der sich mit den politischen Grundlagen der Staaten Asiens beschäftigt, in zweifacher Hinsicht wertvoll: Sie zeigt einmal, in welcher Weise eine kommunistische Partei Einfluß auf die Arbeiter zu gewinnen versucht, und zum anderen, daß es für kommunistische Parteien immer schwieriger wird, ihre Internationalität aufrechtzuerhalten, daß sie vielmehr zunehmend national handeln müssen, um die Massen zu gewinnen.

Der Außenpolitiker kann überdies aus der Swearingenschen Arbeit den Schluß ziehen, daß es gerade in überseeischen Ländern wichtig ist, engere Kontakte zwischen der westeuropäischen Variante des Sozialismus und den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften in Übersee aufzubauen — und zwar auch, wenn die heimische Sozialdemokratie sich in der Opposition befindet. Ziel solcher Kontakte muß es sein, die schwankende und immer wieder von der kommunistischen Schwarz-Weiß-Malerei beeindruckte Ideologie der nicht-kommunistischen Linksparteien in Übersee von den Möglichkeiten des „Dritten Weges“ zu überzeugen. Wenn beispielsweise im vorliegenden Falle ein Kontakt zwischen dem DGB und dem Sohyo vor Jahren intensiv gepflegt worden wäre, hätte dies durchaus eine zusätzliche Stärkung der demokratischen Kräfte Japans gegen die subversiven Bemühungen der KPJ bedeuten können.

Wenn Swearingen daher auch nur einen — allerdings den wichtigsten — Teilbereich des Gesamtthemas über die kommunistische Strategie in Japan behandelt, so hat er dies in einer so abgerundeten und hervorragend belegten Form getan, daß man dieser Studie weiteste Verbreitung in allen außenpolitisch und verfassungsrechtlich interessierten Kreisen wünschen muß.

Dr. Bernhard Großmann, Hamburg

GEORGE H. KERR

Formosa Betrayed

Houghton Mifflin Company, Boston;
The Riverside Press, Cambridge 1965,
XXII, 514 S.; Sachregister; \$ 6.95

Am 14. Mai 1965 kehrte Thomas Liao aus Tokio nach Taiwan zurück. Von nationalchinesischer Seite wurde die Rückkehr dieses Führers der Exil-Taiwaner als das Ende der Bewegung für ein unabhängiges Taiwan dargestellt. Es ist sehr bezeichnend für die deutsche Presseberichterstattung, daß diese Rückkehr und insbesondere ihre Hintergründe nicht kommentiert wurden. Für den politisch interessierten Laien in Deutschland stellt sich dann auch das Taiwan-Problem als das Problem eines anderen geteilten Staates, als die Konkurrenz der Ansprüche des kommunistischen und des nationalistischen China, dar. Daß man darüber hinaus aber das Problem auch als das eines besetzten Landes sehen kann, ist der Öffentlichkeit bei weitem nicht bewußt: eines Landes nämlich, das — soeben von der fünfzig Jahre währenden japanischen Fremdherrschaft befreit — sogleich unter die Herrschaft der Festlandchinesen geriet. Die Entscheidung über den Wechsel der Oberhoheit wurde nicht von der Bevölkerung Taiwans getroffen, die durch den langen japanischen Einfluß eine ganz eigene Entwicklung genommen hatte. Vielmehr wurde diese Entscheidung Ende 1943 in Kairo von Roosevelt, Churchill und Chiang Kai-shek gefällt, ohne daß der amerikanische Präsident, der den zögernden britischen Premierminister umzustimmen vermöchte, sich um die Meinung seiner China-Berater bemühte.

Die Folgen der Deklaration von Kairo vom 1. 12. 1943 stellt George H. Kerr in vorliegender Untersuchung dar, die auf dem Schutzumschlag etwas reißerisch als „ein Bericht über die schrecklichen Folgen der nationalchinesischen Besetzung und die Vernachlässigung dieser strategischen Insel durch Amerika“ angepriesen wird. Doch handelt es sich hier nicht um ein Buch, das auf der Erfolgswelle des „Häßlichen Amerikaners“ mitzusegeln versucht. Vielmehr